

"Steigender Steuerwettbewerb"

05. Mai 2009, 15:08

•

Niederlande: Steuerfreiheit für Zinsströme in Gruppen

Für eine international besonders vernetzte Volkswirtschaft wie die Niederlande sind Steuerfragen rund um grenzüberschreitende Zahlungsströme besonders interessant. Zwei holländische Steuerexperten sprachen vor kurzem im Steuerseminar des Instituts für österreichisches und internationales Steuerrecht an der WU Wien und der Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) aktuelle Kontroversen an.

Peter Essers von der Universität Tilburg, der im niederländischen Oberhaus sitzt, sprach über die Regierungspläne, eine Steuerneutralisierung für Zinszahlungen innerhalb von Gruppen einzuführen. Dann würden eingehende Zinsen nicht mehr besteuert werden und ausgehende Zinszahlungen nicht mehr abgesetzt werden können.

Dies würde es attraktiv machen, Finanzholdings in den Niederlanden anzusiedeln, denn Zinszahlungen ausländischer Tochtergesellschaften für Kredite der Mutter wären im Ausland immer noch absetzbar. Eine solche Reform würde in anderen Staaten zu Einnahmenverlusten führen und "passt in das Bild des stark steigenden Steuerwettbewerbs", betonte Essers. Um den zu verhindern, müsste es zumindest in der EU zu einer Steuerharmonisierung kommen. Doch dies sei aus politischen Gründen nicht in Sicht.

Bei Zahlungen von Dividenden stellt die oft unklare Definition des "Beneficial Ownership" (wirtschaftlichen Eigentums) ein Problem dar, sagte Roland Brandsma, Steuerrechtsprofessor und Leiter des Tax Technical Office bei PwC in den Niederlanden. In vielen Doppelbesteuerungsabkommen ist vorgesehen, dass Dividendenzahlungen an Aktionäre im Vertragspartnerland niedriger besteuert werden - aber nur, wenn diese echte wirtschaftliche Eigentümer seien. Die Definition aber sei von Land zu Land unterschiedlich. Ein Gerichtsurteil in Großbritannien habe etwa entschieden, dass, wenn das Geld in ein anderes Land weitergereicht werde, kein wirtschaftliches Eigentum vorliege. Notwendig sei eine klarere Regelung in der Modellkonvention der OECD. (ef, DER STANDARD, Printausgabe, 6.5.2009)